

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Roland Magerl

Abg. Helmut Radlmeier

Abg. Christina Haubrich

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes (Drs. 18/22389)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Roland Magerl von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Krank werden sollte man in Bayern bzw. in Deutschland derzeit nicht. Der ambulante Sektor ist am Hund und zerfällt dank der Ampel, weil es für neue Patienten – vor allem für Kassenpatienten – kaum mehr Geld gibt. In den Oberpfälzer Tagesnachrichten war erst am Montag Folgendes zu lesen: "Kein Kernspin für Kassenpatienten in Sulzbach-Rosenberg: Amberger Klinik-Leitung macht Ansage".

Die Kliniken sind am Limit. Haben Sie einmal in Ivena den Bettennachweis für Mittelfranken nachgesehen? – Da stellt es Ihnen die Haare auf. Selbst das Klinikum Nürnberg, eine der größten kommunalen Kliniken in Europa, ist tageweise mit Stufe 2 abgemeldet; das heißt: Dort gibt es nicht einmal Platz auf den Gängen. Das Ganze muss der Rettungsdienst auffangen. Er hat weite Transportwege, und am Ende geht das Ganze am Patienten aus, der kein Bett bekommt, obwohl er eines braucht. Kommen Sie jetzt nicht mit der Ausrede, es liege an Corona! Dieses Szenario bildet sich auch ab, wenn die Inzidenzen gegen null gehen. Ein Teil davon ist hausgemacht; hier nenne ich nur einmal die Fallpauschalen.

Vorweg das Wichtigste: Danke an alle Pflegekräfte, Ärzte, Notfallsanitäter, Retter, Altenpfleger, MTA usw. dafür, dass sie trotz aller Widrigkeiten jeden Tag aufs Neue versuchen, Bayerns Bürger ein gesundes Leben zu ermöglichen.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD wollen sie gerne besser unterstützen. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass Gelder besser verteilt werden. Natürlich kann man uns vorwerfen: Das sind verschiedene Töpfe, das passt nicht usw. – Der Freistaat finanziert die Investitionen, die Gehälter müssen die Häuser selbst erwirtschaften. Das wissen wir auch. Aber was wollen wir denn? – Wir wollen ein auskömmlich finanziertes System mit gutem und motiviertem Personal, mit fachlich guten Kliniken der Grund- und Regelversorgung, die nicht alles machen müssen, obwohl sie es nicht können, nur um ein paar Cent zu verdienen, und Spezialisten in Zentren, die sich um schwere Fälle kümmern.

Nur: Die bayerische Politik hat auf allen Ebenen ein anderes Konzept für Bayerns Bürger. Es lautet: Ausbluten lassen und Gängelung von Personal, zum Beispiel in Kinderkliniken, Schließung von Kliniken, Investitionen von Spezialisten, die versuchen, aus jedem Patienten mit der richtigen Fallpauschale noch ein paar Euro herauszupressen, und natürlich üppige Gehälter für die Vorstände. Selbst wenn sie gleich wieder gehen, schmeißt man ihnen halt fast einmal 1 Million Euro hinterher. Das ist 1 Million Euro, die beim Personal und in der Ausstattung der Kliniken definitiv besser aufgehoben wäre. – Für Sie, liebe Amigos der CSU, ist das vielleicht ein Teil der Portokasse für die Vermittlung von Maskendeals, für die Leute da draußen definitiv nicht nachvollziehbar.

Das ist Mist, liebe Kollegen, und das wird Ihnen auch sehr bald um die Ohren fliegen, weil das ganze System zu kippen beginnt. Deshalb lautet unser Vorschlag: Investitionsmittel des Freistaates gibt es nur für Häuser, die eine ordentliche Besoldungsstruktur für ihre Führungskräfte haben. Liebe Pseudo-Regierenden, es ist mir völlig wurscht, ob hier irgendetwas vermischt wird. Wenn der Freistaat Geld hergibt, dann kann er auch festlegen, an wen und unter welchen Bedingungen.

Diese Bedingungen haben wir festgeschrieben. Wir wollen keine astronomische Vergütung von Vorständen, keine utopischen Abfindungen, sondern eine ordentliche Struktur in der Besoldung. Dazu soll es auch heute keine Qualifizierung von windigen Beraterfirmen geben. Es soll auch keine finanziellen Anreize für die Schließung von Kliniken mehr geben, zumindest nicht so lange, bis es endlich vernünftige Vorschläge gibt, wie wir die bayerische medizinische Versorgungsstruktur in ihrer ganzen Breite ordentlich aufstellen – von Physiotherapeuten über den Rettungsdienst bis hin zur Klinik. Auch hier gilt wie gerade eben: Es wäre schön, wenn Sie zustimmen würden, um endlich ein Zeichen gegen das "Weiter so" zu setzen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Helmut Radlmeier für die CSU-Fraktion.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir behandeln heute den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Krankenhausgesetzes, über den im Gesundheits- und auch im Rechtsausschuss schon intensiv beraten wurde. Schon in der Ersten Lesung habe ich die grundsätzlichen Bedenken dargelegt. Diese konnten in den Beratungen auch nicht ausgeräumt werden. Ganz im Gegenteil: Die Ergebnisse der Beratungen fasse ich gerne noch einmal zusammen.

Dieser Gesetzentwurf hat weder Sinn noch ist er rechtlich umsetzbar. Die AfD will hier Hand an die bayerische Krankenhausfinanzierung anlegen, die sich bewährt hat und erfolgreich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dabei sprechen die Erfolge für sich. Im Zusammenspiel mit seinen Kommunen investiert der Freistaat hohe Summen. Allein in diesem Jahr stehen 643 Millionen Euro für Investitionen in die bayerischen Krankenhäuser bereit.

Doch damit nicht genug: Durch den Krankenhauszukunfts- und den Krankenhausstrukturfonds fließen weitere Hunderte Millionen Euro an die Krankenhäuser bei uns in

Bayern. Damit werden die Strukturen der Häuser zukunftsfest gemacht sowie die Digitalisierung in den Häusern vorangetrieben. Wir reden hier von jeweils fast 600 Millionen Euro zusätzlich. Die Förderung wirkt: Bei uns in Bayern gibt es überall leistungsfähige Krankenhäuser. Die Bürgerinnen und Bürger können sich sicher sein, dass es flächendeckend qualifizierte stationäre Versorgungsangebote gibt. Der Freistaat Bayern liegt bei den Pro-Kopf-Aufwendungen im Ländervergleich in der Spitzengruppe. Man sieht: Das System funktioniert.

Warum also will die AfD hier eingreifen? – Auch nach den Beratungen in den Ausschüssen wird das nicht klar. Klar wurde dagegen, dass die Ersteller des Entwurfs die Logik der Krankenhausfinanzierung einfach nicht verstanden haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der Abgeordneten Alex Dorow (CSU) und Tobias Reiß (CSU))

Deshalb noch einmal als Wiederholung: Der Freistaat Bayern übernimmt die Investitionskosten; die Betriebskosten dagegen sind aus den Erlösen zu finanzieren, und – jetzt kommt's – die Personalkosten gehören zu den Betriebskosten. Im Gesetzentwurf kommt es nun einmal zu einer Vermengung der beiden Finanzierungsschienen, was überhaupt keinen Sinn hat.

Krankenhäuser sind eigenverantwortlich wirtschaftende Unternehmen und eben keine Bestandteile der Staatsverwaltung. Sie können daher selbst über ihre Personalausstattung und die Beauftragung von Beratungsleistungen im Rahmen der innerbetrieblichen Eigenverantwortung entscheiden. Die Häuser kommen dieser Verantwortung auch nach. Wir lehnen es strikt ab, den Krankenhausträgern in Bayern pauschal zu unterstellen, dass sie mit den Geldern nicht fürsorglich umgehen könnten. Das haben unsere Krankenhäuser und vor allem die Menschen, die dort wirklich Tag und Nacht für die Gesundheit von uns allen arbeiten, schlichtweg nicht verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist an die Adresse der AfD gerichtet.

(Beifall bei der CSU)

Ein anderer Aspekt, den es zu beachten gilt, betrifft die Berufsfreiheit: Diese ist durch unsere Verfassung garantiert. Demzufolge ist es bedenklich, wenn durch diesen Gesetzentwurf die Personaleinstellung eingeschränkt werden soll. Ein weiterer Punkt ist die Kleinteiligkeit des Entwurfs; hier will man direkt in das operative Geschäft der bayerischen Kliniken eingreifen und detailliert Gehälter regeln. Sowohl den Eingriff an sich als auch die Vorgaben sehen wir skeptisch. Grund dafür ist nicht zuletzt unser Bestreben, die bürokratischen Vorgaben im Landtag möglichst zu reduzieren. Hier will man aber neue Bürokratien schaffen. Dieses bürokratische Klein-Klein lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus wird in dem Entwurf gefordert, dass es künftig keine staatlichen Gelder mehr bei der Schließung eines Krankenhauses gibt. Hier muss man zuvorderst festhalten, dass es sich, entgegen der Auffassung der AfD, bei diesen Zahlungen nicht um einen finanziellen Anreiz handelt, um Krankenhäuser zu schließen. Vielmehr soll damit lediglich ein finanzieller Ausgleich gewährt werden, um die Kosten, die bei einer Schließung anfallen, abfedern zu können. In der Praxis wurden bisher keine Krankenhäuser deswegen geschlossen, weil hierfür eine Prämie vom Staat gewährt wird.

Diese Gewährung ist auch keine bayerische Erfindung, nein, sie beruht auf einer entsprechenden Vorgabe aus dem Krankenhausfinanzierungsgesetz, dem KHG des Bundes. Der Zugang dazu kann auf Landesebene folglich gar nicht ausgeschlossen werden. Wenn Sie Bundesrecht ändern wollen, dann tun Sie das doch über Ihre Kollegen im Deutschen Bundestag. Wir in Bayern werden weiterhin unsere Krankenhäuser mit viel Geld unterstützen. Wir tun das gerne; denn sie sind ein bedeutender Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Unsere Krankenhausversorgung ist bedarfsgerecht, wohnortnah und qualitativ hochwertig. So soll es auch bleiben, weshalb wir ein unausgegorenes Herumdoktern an der Krankenhausfinanzierung wie auch an der Krankenhausplanung strikt ablehnen. Daher lehnen wir von der Fraktion der CSU diesen Entwurf der AfD ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Radlmeier. – Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Christina Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche haben mich, wie Sie wahrscheinlich auch, viele Briefe von verschiedenen Kliniken erreicht, die massiv unter der Inflation und den gestiegenen Energiepreisen leiden. Wieder einmal wird deutlich, dass unsere Krankenhausfinanzierung auf tönernen Füßen steht. Das ist auch eine Auswirkung fehlender Investitionen in die Kliniken vonseiten des Freistaats in den vergangenen Jahren. Ich denke hier speziell an die fehlende Förderung für die Green Hospital Initiative.

Die Kliniken arbeiten personell am Limit. Und nun erhöht sich noch einmal der wirtschaftliche Druck. Hilfspakete, um die Kliniken direkt finanziell zu entlasten, werden aktuell auf der Bundesebene geschnürt, und das ist auch gut so. Dennoch müssen langfristige und nachhaltige Lösungen gefunden werden, um unsere bayerischen Krankenhäuser auf sichere Beine zu stellen, damit jedem Menschen in Bayern, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, die beste medizinische Versorgung zuteil wird, egal, ob es sich um eine Blinddarmentzündung oder um eine Herztransplantation handelt.

Der Gesetzentwurf der AfD greift diese strukturellen Probleme überhaupt nicht auf. Er leistet keinen Beitrag für ein langfristig resilientes Gesundheitssystem. Wir GRÜNE haben schon mehrfach konkrete Vorschläge unterbreitet, wie eine optimale Versorgung aller Patientinnen und Patienten im Freistaat gelingen könnte. Der Knackpunkt – da sind sich alle Expertinnen und Experten einig – ist die Krankenhausplanung. Das ist es, was wir in Bayern dringend brauchen. Wir brauchen eine Krankenhausplanung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Menschen vor Ort orientiert.

Für Bayern bedeutet das einen Paradigmenwechsel, nämlich weg von einer Krankenhausplanung, die sich an der Zahl der Betten orientiert, hin zu einer Krankenhausplanung, die sich an den tatsächlichen Leistungen orientiert. Die Kliniken müssen gut erreichbar sein; außerdem muss die Qualität der Behandlung stimmen. Die technische Ausstattung muss modern sein und das Personal gut ausgebildet und auf dem neuesten Stand. Die Krankenhausplanung muss sich am Bedarf der Bevölkerung vor Ort orientieren. Dann gibt es auch keine unnötigen Operationen mehr, und das Gesundheitssystem wird für diejenigen Investoren, die nur auf Profit aus sind, wesentlich uninteressanter. Sie könnten dann nämlich keine hohen Renditen mehr erzielen.

Das sind die Kriterien, die gelten sollten, und nicht die Anzahl der Betten. Im Gesetzentwurf der AfD-Fraktion habe ich zu alledem nichts gefunden und auch nichts zu den notwendigen Schritten. Deshalb werden auch wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich. – Für die FREIEN WÄHLER spricht Herr Kollege Prof. Dr. Peter Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweite Lesung – Herr Magerl, als Sie angefangen und diesen Rundumschlag von aktuellen Meldungen gebracht haben, habe ich gedacht, ich wäre hier am falschen Ort. Sie sprechen zu einem ganz anderen Gesetzentwurf. Was Sie am Anfang Ihrer Rede angesprochen haben, war das sogenannte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz. Darüber reden wir aber nicht. Wir reden heute über Ihren Gesetzentwurf, mit dem lediglich zwei Artikel geändert werden sollen, nämlich Artikel 9, der um Absatz 5 ergänzt wird, und 17 des Bayerischen Krankenhausgesetzes.

Sie haben uns erzählt, durch diese zwei Änderungen ließen sich die massiven Probleme in den Krankenhäusern lösen. Entweder sind Sie nobelpreisverdächtig, oder Sie haben hier einen Unsinn erzählt. Das ist die Wahrheit, die ich hier ganz klar sagen muss.

Die offenen Fragen, die im Ausschuss von den Vorrednern gestellt worden sind, haben Sie nicht beantwortet. Ich möchte diese Fragen nicht wiederholen. Das hat nichts mit den Altparteien oder Ähnlichem zu tun, sondern mit sachlichen Argumenten. Kommen Sie doch hierher und sagen Sie, wie Sie die Probleme mit sachlichen Argumenten lösen oder zumindest mindern wollen. Das haben Sie leider nicht getan. Deswegen können wir diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen. Für meine Fraktion, die FREIEN WÄHLER, möchte ich die Ablehnung empfehlen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Dr. Bauer. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Ruth Waldmann das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Auch die heutigen Beratungen zu diesem Gesetzentwurf der AfD haben gezeigt, dass es kein geeignetes Vorgehen ist, aus einem Fall in der Nordoberpfalz ein Gesetz ableiten zu wollen, das dann für alle gilt. Das ist einfach kein sinnvolles Vorgehen.

Wir haben über diesen Gesetzentwurf bereits während der Ersten Lesung im Plenum ausführlich diskutiert und auch im Gesundheitsausschuss die Vorschläge ausführlich behandelt. Wir haben dabei festgestellt: Dieser Gesetzentwurf ist kein geeignetes Instrument, um die Lage an den Kliniken zu verbessern, über die wir heute schon intensiv diskutiert haben, was wir auch heute Abend noch tun werden.

Ihnen ging es eher um eine Skandalisierung anhand dieses einen Falles. Bei all den Problemen, die wir an den Kliniken haben: Die Vergütung von Führungskräften ist nicht das zentrale Problem. Auswüchse mag es geben. Die finden auch wir natürlich nicht gut. Wir haben es hier mit der Beratungsfirma Oberender zu tun, die von einem Mitgründer des AfD-Vorläufers gegründet wurde. Die echten Probleme an den Kliniken sind Personalmangel und Kostenexplosion, außerdem Versorgungsengpässe in der aktuellen Corona-Welle, wobei wir immer noch nicht wissen, ob Sie anerkennen, dass

es die Corona-Pandemie überhaupt gibt. Sie helfen niemandem mit untauglichen Vorschlägen.

In Ihrem Redebeitrag haben Sie vorhin gesagt, jetzt werde es bestimmt wieder Hinweise geben, dass das Gesetz so nicht ginge, bla, bla. Wissen Sie, das Parlament ist der Gesetzgeber. Ein solches Verhalten ist diesem Parlament nicht angemessen. Das ist dann eher was für den Kindergarten. Wir müssen hier Gesetze machen, die tauglich sind, die funktionieren und die den Menschen in Bayern zugutekommen und den Kliniken weiterhelfen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Waldmann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Dr. Dominik Spitzer das Wort.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Dieser Gesetzentwurf der AfD-Fraktion atmet Neid und Missgunst. Es geht Ihnen um den populistischen Ansatz in diesem Gesetzentwurf. Populismus darf niemals die Triebfeder für einen Gesetzentwurf sein. Wo kommen wir denn dann hin?

Ein Krankenhaus funktioniert nicht nur deswegen, weil der Chefarzt, die Krankenschwester oder die Assistenzärzte gut sind. Ein Krankenhaus funktioniert auch deswegen gut, weil die Geschäftsführung gute Arbeit leistet, wenn der Laden läuft. Das ist ein Hand-in-Hand-Greifen mehrerer Player.

Heute beantragt die AfD-Fraktion, die Gehälter der Geschäftsführer zu kürzen. Morgen hören wir von der AfD vielleicht: Die Chefärzte verdienen auch zu viel. – In der nächsten Instanz geht es dann weiter und weiter.

(Franz Bergmüller (AfD): Reine Spekulation!)

Das ist nicht unser Ansatz. Leistung muss sich lohnen. Leistung muss adäquat bezahlt werden. Nur wenn Leistung gut bezahlt ist, kommt die Leistung hinten entsprechend raus.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist dieser Gesetzentwurf – ich habe es letztes Mal so formuliert – für die "Ab-lage P". Da liegt er jetzt schon, und da soll er auch bitte bleiben.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Spitzer. – Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/22389 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen sowie die Abgeordneten Plenk (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Bayerbach (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.